

Bernhard Ichner und Markus Foschum

N.Ö/Süd, N.Ö/Umgebung, N.Ö/Waldviertel/Waidhofen a.d.Thaya, Morgen Flughafen Wien-Schwechat

Airport-Ausbau wirbelt Staub auf

Das Verkehrsministerium begründet gegenüber den Grünen, warum der Flughafen ohne jede UVP ausgebaut worden ist.

Sage und schreibe 737 Seiten lang ist die Antwort von Verkehrsminister Werner Faymann auf eine Anfrage der Grünen - das ist wohl parlamentarischer Rekord. Die Bundes-Grünen wollten vor allem wissen, warum zahlreiche Ausbaumaßnahmen am Flughafen Wien-Schwechat ohne vorherige Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) bewilligt worden sind. Dieselbe Frage stellte vor Kurzem EU-Kommissar Stavros Dimas der Republik Österreich - der KURIER berichtete.

Aus dem Ministerium heißt es dazu sinngemäß: Die Airport-Infrastruktur könne nicht als Wachstumsmotor angesehen werden - daher sei auch durch die genehmigten Projekte keine (UVP-relevante) Zunahme der Flugbewegungen kausal hervorgerufen worden. Ähnlich argumentieren das Amt der nö. Landesregierung und die Bezirkshauptmannschaft Wien-Umgebung.

Eine Anschauung, die die Grünen sowie Dutzende Bürgerinitiativen aus NÖ und Wien nicht teilen. Sie fordern, dass bei "erheblichen Ausbaumaßnahmen" - wie etwa beim Terminal Skylink - die UVP nachgeholt wird und hoffen auf Unterstützung durch den Europäischen Gerichtshof. "Auch eine Schadenersatzklage wegen der fehlenden UVP ist zu prüfen", meint die grüne Verkehrssprecherin Gabriela Moser.

Kein Lärmgutachten

"Die Großen lässt man laufen, die Kleinen werden erhängt. Es ist kaum zu glauben, dass die Mega-Anlage Flughafen schlechter geprüft wurde als jeder mittlere Gewerbebetrieb", meint sie. "Die Luftfahrtbehörde hat am laufenden Band Erweiterungen des Flughafens genehmigt, ohne die Lärmbelastung zu prüfen und deren Auswirkungen medizinisch zu untersuchen. Die UVP-Pflicht wurde kühn umgangen."

Von der Reaktion der EU-Kommission fühlen sich die Grünen ebenso bestätigt wie die beschwerdeführenden Bürgerinitiativen. Moser ist der Ansicht, "das Mahnschreiben der EU" spiele auch ins UVP-Verfahren zur dritten Piste hinein. "Aufgrund der bisher fehlenden UVP sind die Vorbelastungen - also der bestehende Lärm - im Rahmen der Prüfung besonders genau zu untersuchen."

Die Antifluglärmgemeinschaft (AFLG) ist den Grünen für die parlamentarische Anfrage dankbar. In Faymanns Antwort meint Obmann Emmerich Fritz das Eingeständnis eines Rechtsübergreifens entdeckt zu haben. "Es ist von lärmgeschädigten Gebieten die Rede - also von entschädigungsloser Belärmung."